



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

Sind Kriegsverbrecher gut oder böse?

Wie man uns seit über 50 Jahren eintrichterte, werden Angriffskriege nur von Kriegsverbrechern geführt. Das sind bekanntlich „böse Menschen!“ Aber wie heißt es so schön im Buch der Bücher: „Wer ohne Schuld ist werfe den ersten Stein!“ Da gibt es den Mister G. W. Bush, der so oft Gott im Mund hat. Kennt Bush die Bibel nicht? Er führt doch angeblich ein so gottgefälliges Leben? Ist er vielleicht ein Wolf im Schafspelz?

Die Beantwortung dieser Fragen dürfte die geschundene Bevölkerung des Irak derzeit wenig kümmern, kämpft dort doch jeder nur um das nackte Leben. Mit viel Sendungsbewußtsein haben die Brutalkapitalisten, die in Washington und London hinterm Schreibtisch sitzen, das Saddam-Regime gestürzt. Nun streiten sie, wer vom Wiederaufbaukuchen das größte Stück bekommt. Ein Grund für den Irakkrieg lautete: „Der Irak besitzt Massenvernichtungswaffen!“ Nach Berichten, die in den vergangenen Wochen sowohl durch Fernsehen als auch Zeitungen in aller Welt verbreitet wurden, weiß jedermann nun wo solche Waffen zu suchen sind, aber sicher nicht im Irak! Aber alle Welt hat auch gesehen, wer bedenkenlos bereit ist, solche Waffen zum Wohl des eigenen Geldbeutels gegen unschuldige Zivilbevölkerung einzusetzen. Nämlich die USA.

Ist es nicht herrlich, eine ach so gute, furcht- und selbstlose Weltpolizei wie die USA zu haben? In Zukunft darf kein Kriegsverbrecher mehr ungestraft einen anderen Staat überfallen! Leben wir nicht in einer friedlichen, einer herrlichen Zeit? Solange die Registrierkassen in den USA klingeln, ist die Welt in Ordnung! Oder etwa nicht??

GB

Die Israel-Lobby

Jährlich treffen sich 6000 Vertreter des „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) zu einer dreitägigen Tagung, zuletzt 2007 im Kongreßzentrum zu Washington. AIPAC stellt die mächtigste Zionistenorganisation der Welt dar und ist in den USA Israels gefürchtete Lobby, die sich auf ihre **rund 100.000 zahlenden Mitglieder aus den sechs Millionen Juden mit US-Staatsbürgerschaft stützt**. Sie hat dadurch einen großen Rückhalt in den USA. Sie selbst brüstet sich, daß US-Parlamentarier 2005 AIPAC neben der Seniorenunion AARP zur einflußreichsten Lobby-Gruppe gewählt haben. Über jeden Abgeordneten oder Senator, führt der AIPAC obwohl nach außen überparteilich, bei jeder Abstimmung, die Israel betrifft, genau Buch. Es ist ein offenes Geheimnis, AIPAC fördert bestimmte Politiker aufs höchste und andere macht er insgeheim runter.

Darum sind sie auch alle dem Committee verpflichtet: **US-Vizepräsident Dick Cheney**, eine Unzahl von Senatoren und Abgeordneten des Kongresses von beiden Parteien und natürlich die beiden Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei **Hillary Clinton** und **Barack Obama**. Alle sicherten Israel Hilfe und Schutz in jeder Hinsicht als oberste Priorität amerikanischer Außenpolitik zu. Obama präsentierte sogar eine ganz besondere Idee: **Die USA möge militärische Mittel einsetzen, um zu verhindern, daß der Iran Atommacht werde**. War bisher die demokratische Partei die politische Heimat der amerikanischen Juden, so gilt heute Präsident Bush als besonderer Förderer israelischer Interessen und die Juden danken es ihm durch ihre Stimmen.

Ziel der Lobbyisten in Washington dieses Jahr ist es zu verhindern, daß ein demokratischer Gesetzesantrag das Parlament passiert, der dem Präsidenten ein militärisches Vorgehen der USA ohne Zustimmung des Kongresses verbietet. **Für die USA komme im globalen Krieg gegen Terror und Islamisten nur ein Sieg in Frage**, hetzte Dick Cheney. Das ist auch die Devise der mächtigen US-Freunde Israels...

Voriges Jahr hat allerdings das Irak-Desaster und der wachsende Popularitätsverlust Bushs auch die Israel-Lobby etwas in den Hintergrund gedrängt. So entstand aus der Kritik der renommierten Wissenschaftler **John Mearsheimer (Chicago)** und **Stephen Walt (Harvard)** an der israelischen Lobby eine wilde Diskussion. Die US-Außenpolitik, so behaupteten die beiden, **orientiere sich zu stark an den Interessen Israels. Sie warfen Bush sogar vor, den Irakkrieg ohnehin nur im Interesse Israels begonnen zu haben**. Auch Ex-Präsident und Friedensnobelpreisträger **Jimmy Carter** klagte in seinem jüngsten Buch über eine angeblich rassistische Apartheid-Politik Israels den „**machtvollen Einfluß**“ der Israel-Lobby, der eine **offene Nahost-Diskussion in den USA verhindere**. Prompt wurden die Wissenschaftler und Carter von vielen Seiten des „**Antisemitismus**“ beschuldigt.

Sieben Jahre Haft für Ernst Zündel

Der Politprozeß gegen Ernst Zündel (67) in Mannheim ist zu Ende und die BRD-Justiz zeigte dabei ihre häßlichste Fratze: Wegen Volksverhetzung, also eines reinen Propagandadelikts, das einer Meinungsäußerung gleichkommt, verurteilte das Landgericht Mannheim unter dem Vorsitz von Richter Meinerzhagen den Angeklagten zur Höchststrafe von 5 Jahren. Zündel, der seine „schändlichen Behauptungen“, so der Richter, via Internet von Kanada aus verbreitet hatte und wo sie straffrei sind, bekam sogar die zwei Jahre, die er in kanadischer Auslieferungshaft saß, auf die Strafe nicht angerechnet. Außerdem ordnete das Gericht an, daß die Strafe wegen der Schwere der Tat nach Verbüßung von zwei Dritteln nicht zur Bewährung ausgesetzt werden darf. Meinerzhagen hieß Zündel einen „Hetzer, gefährlichen Brandredner, Brunnenvergifter, Brandstifter“, der ein menschenverachtender Barbar sei, der dummdreist daherschwafele. Zum Schluß zitierte er Moses aus Thomas Manns Buch „Das Gesetz“.

Dazu die offizielle Tageszeitung TAZ: **„Zuletzt lehnte das Gericht alle Anträge mit der lapidaren - und für einige Antifaschisten im Publikum schockierenden - Begründung ab, daß es völlig unerheblich sei, ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Seine Leugnung stehe in Deutschland unter Strafe. Und nur das zähle vor Gericht. „Die Demokratie muß das aushalten können“, dozierte ein Jurastudent später im Foyer des Gerichtsgebäudes.“** (taz, 9.2.07, S. 6)

Wo bleiben die so viel gerühmten Menschenrechtskonventionen des Europarates, die auch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet hat?

Selbst im Ländle!

Knapp 2000 von 9000 Kindern in Vorarlberg beherrschen beim Eintritt in den Kindergarten die deutsche Sprache nicht. Daher beginnen rund 60 Prozent der Gemeinden mit der Sprachförderung bereits beim Kindergarten-Eintritt.

Die Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache erhalten in den Kindergärten im Schnitt vier Stunden gezielte Sprachförderung in der Woche. Das spielerische Lernen stehe natürlich im Vordergrund, erläutert Kindergarten-Pädagogin **Yvonne Hollenstein**. Wichtig wäre es, die Eltern in die Sprachförderung mit einzubeziehen, meint die Pädagogin. Dann könnten sie mit den Kindern zuhause üben.

Je früher die Kinder gefördert werden, umso besser, meldet sich **Anton Wirtensohn**, Direktor der Volksschule Bregenz-Schendingen. Sie könnten dann dem Unterricht sofort bei Schuleintritt folgen und sich auch gegenüber den Mitschülern besser behaupten.

Land und Gemeinden geben jährlich rund 500.000 Euro allein im kleinen Vorarlberg für die Sprachförderung aus.

Rassistischer Spuk in Prag

Die Tschechische Nationalpartei hetzt rassistisch gegen die sudetendeutschen Vertriebenen. Die extremistische Gruppe hat am 8. Mai in Prag mit einer „symbolischen Vertreibung“ und einer Kundgebung mit Aufmarsch gegen die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihrem Prager SL-Büro demonstriert. Um 11 Uhr versammelten sich die Demonstranten vor dem SL-Büro in der Thomasgasse von der Karlsbrücke her kommend. Im Zug führten sie einen symbolischen Eisenbahnwaggon mit dem deutschen SL-Vorsitzenden, MdEP Bernd Posselt, mit. Unter dem Titel „posledni odsun“ (letzter Abschub Vertreibung) heißt es weiter von ihrem **Organisator Pavel Sedlacek**: „Im Waggon ist noch genügend Platz für „sudetendeutsche Kollaborateure“, wie die tschechischen Persönlichkeiten Außenminister Karel Schwarzenberg, Landwirtschaftsminister Petr Gandalovic, Jan Ruml und alle Tschechen, die im Jahre 2003 bei der Eröffnung des Prager SL-Büros dabei waren!

Vergeblich forderte die Sudetendeutsche Landsmannschaft die Prager Regierung mit Nachdruck auf „diesen rassistischen Spuk zu verbieten!“. Obwohl es sich um reine Verhetzung handelte, schritt auch die in Wien amtierende Antirassismuskommissarin des Europaparlaments, Beate Winkler, nicht ein und die Verhöhnung der bei der Vertreibung 1945/46 umgekommenen 241.000 Altösterreicher deutscher Muttersprache wurde nicht verhindert.

„ai“ - Appell an Bundeskanzler Gusenbauer

Die Gutmenschen der „ai“ (amnesty international) haben an Bundeskanzler Gusenbauer einen Appell mit folgendem Inhalt gerichtet: „Menschenrechte müssen endlich Gehör finden!“ Anlässlich des Besuches von Präsident Putin in Wien möge der Bundeskanzler unter anderem das Thema „Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ ansprechen. Soweit so gut.

Was mich aber ärgert ist, daß „ai“ für fremde Völker dieses elementare Grundrecht einfordert, jedoch scheint man dies in Österreich für vernachlässigbar zu halten. Bei uns gibt es sogar ein Verbotsgesetz, welches die Meinungsfreiheit einschränkt. Auch mit dem „freien“ Versammlungsrecht stehen so manche Behörden auf Kriegsfuß. Dem BFJ z.B. wurden nicht selten Anträge auf „freie“ Versammlungen mit dem Hinweis: **„Es könnten ja Straftaten im Sinne von nationalsozialistischer Wiederbetätigung begangen werden“** untersagt. Wenn es also um das behördlich untersagte „freie“ Versammlungsrecht für unsere volkstreuere Jugend geht, dann hört man seitens der „ai“-Heuchler kein Sterbenswörtchen der Kritik. **MH**

Die Staatskunst der Raubritter

Das Sozialsystem unseres Staates ist nicht mehr finanzierbar, daher muß „Etwas geschehen!“ Mit sorgenvollen Gesichtern erklären uns unsere Politiker, daß der „Generationenvertrag“ in Gefahr sei! Das heißt also, daß es das System wonach jede Generation die Renten der Alten und Kranken zahlt, im Wissen, daß die nächste Generation dasselbe dann für die heutige Generation tun wird, nicht mehr geben wird. Und jetzt macht man uns plötzlich weis, daß das heute nicht mehr reicht. Ist es aber nicht eher so, daß der Vertrag mit unseren Politikern gefährdet ist? Nämlich jener Vertrag, in dem sich die Politiker verpflichten, sparsam und ohne Schuldenmacherei die Mittel des Staates sinnvoll so einzusetzen, daß die Funktion des Staates **und** das Wohlergehen des Bürgers gewährleistet sind. Der Vertrag entsteht durch die Wahlen, durch welche Politiker das Mandat bekommen, für uns Bürger zu handeln. Nun hat man bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im letzten halben Jahrhundert erklärt, daß wir „aus der Geschichte“ lernen sollen! Gilt denn diese Ermahnung für Politiker nicht? Bei den Pensionen und den Krankenkassen gibt es überall gewaltige Finanzierungslücken, weil unsere Bürger der „Spaßgesellschaft“ nicht für eigenen Nachwuchs zum Erhalt des „Generationenvertrags“ gesorgt haben. Obwohl jedermann fast ein halbes Jahr nur für die Steuer arbeitet. Auch unsere Kinder sind schon - bevor sie das Licht der Welt erblicken - schwer verschuldet. Aber das Geld ist weg oder wird vertan: da werden Feste gefeiert, Protektionskinder bekommen Pöstchen, da gibt es überhöhte Mehrfach-Gehälter für unsere so genannten „Volksvertreter“, da werden internationale Organisationen bezahlt, die uns dann gängeln und so weiter! Wen wundert es, wenn die heutige Jugend ausbricht!

Ein Staatsmann, den man für sehr gescheit hält, hat einmal erklärt, daß „jede Generation ihre eigene Revolution braucht!“ Er wird doch nicht recht behalten? Politiker, seid ihr taub, oder „hört ihr die Signale nicht?“ Wenn unsere modernen Raubritter im alten Trott weitermachen, könnte es sein, daß sie wegen fahrlässiger Krida vor Gericht erscheinen müssen. Wie man aber aus unzähligen „Verfahren vor dem Handelsgericht des Volkes“ weiß, gibt es dort keine bedingten Strafen und auch keine Geldbußen.

Man kann nur hoffen, daß unser Staatsschiff nicht in Richtung einer Revolution gesteuert wird. Das Ruder ist ja fest in der Hand von „erfahrenen Politikern!“

GB

!! Veranstaltungen !!

Richard Miosga
spricht über

Das umkämpfte Berlin

> Donnerstag, 14. Juni 2007, 19.45 Uhr <

Diskussion mit
Einführungsreferat

über

National = Revolutionär

> Donnerstag, 05. Juli 2007, 19.45 Uhr <

Weitere Veranstaltung am 13. September 2007

Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im Heim

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)

Wir danken für jede Spende!

Dealerschmäh

Verprügelt und rassistisch beschimpft sollen Polizisten in Wien Hernals einen Nigerianer haben - das behauptete das „Opfer.“ Für die polizeiliche Oberaufsicht ist der Fall aber abgeschlossen, denn einer der angeblichen „Prügel Polizisten“ ist selbst Schwarzafrikaner.

Was die Grünen wollen!

Die Grünen haben eine neue Schnapsidee! Sollte die Gesamtschule kommen, wollen sie die Abschaffung der Leistungsgruppen. FPÖ-BR Monika Mühlwert meint dazu: „Die Grünen zeigen ihr wahres Gesicht, sie wollen einen politischen Einheitsbrei und eine Senkung des Bildungsniveaus!“

Linke Gewalt

Erinnern Sie sich an das Geschrei unserer so „unabhängigen“ Presse, als ein Böller vor dem im Bau befindlichen Wiener islamischen Friedhof gefunden wurde? Wir warten aber vergeblich auf Meldungen über die Rohrbombe, die in Vöcklabruck vor der Geschäftsstelle der FPÖ bereits am 25. April 2007 aufgefunden und über die eine totale Nachrichtensperre verhängt wurde. Nicht einmal die Gefährdeten wurden darüber informiert, denn es paßt wahrscheinlich nicht in das Bild von friedfertigen Antifaschisten und gewalttätigen Rechten, am besten Neofaschisten mit Glatzen, das uns gewisse Behörden in Oberösterreich vorgaukeln wollen! Tatsächlich hat die oberösterreichische Polizei bis heute nicht die geringste Mühe aufgewandt, um den oder die Täter auszuforschen! Bei jeder kleinen Knallerei vor einer anderen politischen Organisation oder auch Religionsgemeinschaft wird umgehend die Republik polizeilich auf den Kopf gestellt, große Ermittlungen eingeleitet, Medien breit informiert und die Öffentlichkeit sensibilisiert. Aber in Oberösterreich muß man eben rechtsextreme Gesinnungsschnüffelei betreiben und hat keine Zeit, einmal bei der oberösterreichischen Filiale der Sozialistischen Linkspartei oder im Umkreis von Herrn Schiedel oder Dr. Eiter vorbeizuschauen. Jedenfalls haben kürzlich Anhänger der Linken in Wien Studenten verletzt, Anhänger der Linkspartei haben bei Demonstrationen das Haus der Burschenschaft „Olympia“ mit Farbbeutel und Wurfgeschossen beworfen. Sie haben mehrmals bei unserem AFP-Heim die Hauswände beschmiert und kündigen bereits die 3. Demonstration gegen unser Heim am 20. Juni 2007 an. Auch der Bombenalarm in Wiener Neustadt beim BZÖ kürzlich dürfte dem selben Täterkreis anzulasten sein. Warum ist die Polizei auf dem linken Auge blind?

Ein bischen viel naiv!

Unsere Gefängnisse sind übervoll mit Straftätern ausländischer Herkunft. Da kommt die rote Justizministerin auf die gloriose Idee, den ausländischen Straftätern einen 50% Rabatt auf ihre Strafzeit zu geben, wenn sie sich verpflichten, freiwillig auszureisen. Das war selbst unserem nunmehrigen Innen-

minister zu viel. Meint Platter: Mit solch einem „liberalen Strafvollzug“ werde Österreich erst recht „attraktiv für ausländische Straftäter“. Seine ÖVP hat sich jedoch im Regierungsübereinkommen dazu verpflichtet.

Strache zum Besuch des russischen Präsidenten

Österreich habe sich wieder verstärkt auf seine neutrale Rolle zu besinnen, anstatt diese auf dem EU-Altar und eventuell in Folge sogar auf dem NATO-Altar zu opfern, erklärte Strache am 25. Mai 2007 zum Besuch Putins. „Russland hat nach Ende des Kalten Krieges aus den osteuropäischen Ländern **alle militärischen Truppen abgezogen**, während die USA heute ihre militärischen NATO-Stützpunkte in Bulgarien und Rumänien ausbauen.“

Die von den USA im Rahmen der NATO geplanten Raketenstationierungen in Polen und Tschechien dienen angeblich zur Abwehr von möglichen iranischen Raketenbedrohungen. Die Reichweite der iranischen Raketen umfaßt jedoch nur 1.700 Kilometer und bis zum Jahr 2012 höchstens 2.500 Kilometer und daher nicht einmal ansatzweise für Europa bedrohliche Reichweiten von 5.000 bis 8.000 Kilometern. „Die **geplante USA-NATO-Raketenstationierung** in diesen Ländern bietet daher **Anlaß zur Besorgnis, da diese von Russland nicht als defensive Stationierung, sondern als offensive Stationierung empfunden werden müssen.**“ Habe die EU um diese geplante Raketenstationierung gebeten oder ersucht? Oder erfolge sie auf Wunsch der Amerikaner? Die Frage nach dem Sinn dieser Stationierung bewege die Bevölkerung der Europäischen Union genauso wie das **neutrale Österreich und Russland.**

Beim Empfang Präsident Putins im österreichischen Parlament seien von Nationalratspräsidentin Prammer Demokratie- und Menschenrechtsfragen angesprochen worden. **Strache** will, daß **alle demokratisch bedenklichen Entwicklungen und Menschenrechtsverletzungen - gleichgültig wo immer – thematisiert werden**, so auch in Russland. Der korrekte Umgang mit Medien und mit der jeweiligen Opposition

müsse uns jedoch weltweit ein Anliegen sein. **Leider gebe es auch in Österreich demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen (...)** wie auch in der EU (EU-Verfassung, in manchen Ländern ein Mehrheitswahlrecht und dadurch parlamentarische Ausschaltung von 15 % Oppositionsparteien, **Demonstrations- und Versammlungsverbote**, etc.). Ebenso geben diverse **internationale Aktivitäten der USA (Abu Ghraib, Guantanamo, Krieg im ehemaligen Jugoslawien, Krieg im Irak, Geheimdienstgefängnisse in Europa, Verschleppungen von Menschen und vieles mehr unter dem Deckmantel „Krieg gegen den Terrorismus“)** zu denken. Die USA hätten jedoch offensichtlich die bessere PR und im Westen die bessere mediale Berichterstattung.

Fast jeder 2. Häftling ein Ausländer

In Österreichs Gefängnissen gibt es Platz für etwa 8.000 Insassen, der heutige historische Höchststand beträgt mehr als 9.000 Häftlinge. 47 % davon sind Ausländer. Brisante Fakten teilen Arno **Pilgram** und Veronika **Hobinger** vom Wiener Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie mit. Nach ihrer Dokumentation beträgt der Anteil von Strafgefangenen mit ausländischem Paß 47 %, im Vergleich zu den achtziger Jahren war er in den Justizvollzugsanstalten nur bei 7 %. Die beiden Experten warnen: „Durch die Überbelastung der Gefängnisse droht die Rückkehr vom Resozialisierungsvollzug zum reinen Verwahrungsvollzug“. Die Justizanstalten müssen zudem Sprachprobleme bewältigen. Leider stagniert aber die Zahl der Justizwachebeamten und schafft Probleme in den Gefängnissen. Ein Grund für den Überbelag ist für die beiden Experten die gestiegene Asylwerberkriminalität. Waren etwa 2001 noch 3,9 % der Häftlinge aus der Ex-Sowjetunion - vor allem wegen Eigentumsdelikten inhaftiert - betrug ihr Anteil 2005 bereits 10 %. Ähnlich stark ist der Anstieg westafrikanischer Häftlinge mit Suchtgiftkriminalität von 4 auf 9,1 %. „Wer keine Chance auf legale Beschäftigung hat, gleitet viel eher in die Kriminalität ab“, meint Pilgram.

Wiener Beobachter, Folge 216 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: PSK 92.125.120; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien